

Line Rennwald, **Partis socialistes et classe ouvrière. Ruptures et continuités du lien électoral en Suisse, en Autriche, en Allemagne, en Grande-Bretagne et en France (1970–2008)**, Neuchâtel: Editions Alphil – Presses universitaires suisses, 2015, 307 Seiten.

Das anzuzeigende Buch beruht auf einer an der Universität Genf eingereichten politikwissenschaftlichen Dissertation und setzt sich wahlsoziologisch mit Bedeutung und Wandel des Konnexes zwischen Arbeiterschaft und sozialdemokratischen Parteien in fünf europäischen Ländern auseinander. Dabei werden im Wesentlichen Ergebnisse von Nachwahlbefragungen der 1970er und der 2000er Jahre herangezogen, für einzelne Länder und Aspekte auch der 1980er und 1990er Jahre. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass die einstmals feste Wählerbasis der sozialdemokratischen Parteien in der Arbeiterschaft gegen Ende des 20. Jahrhunderts erodiert ist. Besonders ausgeprägt ist dieser Trend in der Schweiz: Wählten 1975 42 Prozent der Arbeiter sozialdemokratisch, so waren es 2007 nur noch 16 Prozent. 1975 kamen 44 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen aus der Arbeiterschaft, 2007 aber nur noch 19 Prozent. Die entscheidende Zeitperiode für diese Transformation sind die 1990er Jahre.

Die Konturen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Prozesse in der Schweiz, Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich unterzieht die Verfasserin einer detaillierten statistischen Analyse, wobei sie nationale Spezifitäten wie den Umstand, dass in Frankreich traditionellerweise nicht die Sozialisten, sondern die Kommunisten die von der Arbeiterschaft präferierte Partei waren, oder das vorsintflutliche britische Wahlsystem von Beginn weg berücksichtigt. Etwas unterbelichtet bleibt demgegenüber die Gender-Frage, die angesichts aktueller Diskussionen über die Anfälligkeit «zorniger Männer» aus den unteren Schichten für rechtspopulistische Parolen zusätzlicher Erörterungen wert gewesen wäre. Die komparativ getesteten Hypothesen beziehen sich sowohl auf die «Nachfrageseite», also das Elektorat und den gesellschaftlichen Strukturwandel, als auch auf die «Angebotsseite» – Veränderungen im Parteiensystem mit dem Aufkommen von linker beziehungsweise grüner und rechtsradikaler Konkurrenz, Veränderung der sozialdemokratischen Programmatik und Veränderung der im Wahlkampf dominanten Themenfelder.

Rennwalds detaillierte und luzide Analysen machen deutlich, dass sich die Umschichtung der sozialdemokratischen Wählerschaft und das geänderte Wahlverhalten der schrumpfenden und zu immer grösseren Teilen – aufgrund fehlenden Bürgerrechts – nicht wahlberechtigten Arbeiterschaft einer simplen Erklärung entziehen. Die Hauptgründe sieht die Verfasserin auf der «Angebotsseite»: Grundsätzlich hätten sich die materiellen Interessengegensätze zwischen der Arbeiterschaft und den gehobenen Gesellschaftsschichten nicht verändert, jedoch hätten Veränderungen des parteipolitischen und programmatischen Angebots zu geänderten Wahlpräferenzen der Arbeiterschaft geführt. Namentlich genannt wird die wirtschaftspolitische Annäherung an die bürgerliche Hauptkonkurrenz im Bestreben, Wähler des politischen Zentrums zu gewinnen. Dies war etwa der Fall bei Tony Blairs «New Labour» oder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) unter Gerhard Schröder, die eine pointiert neoliberale Wirtschaftspolitik betrieben.

Gerade für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS), deren Verlust von Arbeiterstimmen am massivsten war, trifft dies aber überhaupt nicht zu. Hier identifiziert die Autorin die Dominanz nicht-wirtschaftlicher *Issues* in den Wahl-

kämpfen als Hauptpunkt. Mit postmaterialistischen Themen wie Ökologie oder Geschlechtergleichstellung im Zentrum ihrer Kampagnen mobilisierte die SPS zusätzliche Stimmen aus der Mittelschichtgruppe der «soziokulturellen Spezialisten», bei der sie im internationalen Vergleich bereits in den 1970er Jahren überdurchschnittlich stark war. Ihre ausgeprägt linken sozial- und wirtschaftspolitischen Positionen wurden dagegen von der Arbeiterschaft und hier insbesondere den nicht gewerkschaftlich Organisierten wenig beachtet, was zu einer Abwanderung vieler dieser Stimmen nach rechts aussen führte – paradoxerweise zu einer Partei mit im internationalen Vergleich ausgeprägt neoliberaler und antisozialstaatlicher Programmatik, die diese jedoch in ihrer Wahlpropaganda hinter migrations- und aussenpolitischen Themen zu verbergen pflegt(e). Insofern handelte es sich nicht zuletzt um ein Problem des *Agenda Setting*, bei dem die SPS allzu oft als Getriebene der politischen Konkurrenz erscheint.

Insgesamt hat die Verfasserin eine methodisch überzeugende Studie von hoher Gegenwartsrelevanz vorgelegt. Die konsequent international vergleichende Perspektive bewahrt vor verkürzten Interpretationsmustern. Eine etwas intensivere Diskussion bei den nationalen Eigenheiten hätte der Einfluss der direktdemokratischen Mechanismen auf das Wahlverhalten der Schweizer Arbeiterschaft verdient, die es beispielsweise ermöglichen, bei den Wahlen Rechtsausen, bei sozialpolitischen Sachabstimmungen aber die Linke zu unterstützen. Auch wäre es vor dem Hintergrund der dargelegten Befunde interessant zu analysieren, warum «traditionalistische» linke Alternativen zur Sozialdemokratie bislang in den untersuchten Ländern entweder nicht existieren oder eher geringen Erfolg hatten: Die deutsche Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) existierte als eigenständige Formation nur kurze Zeit und die Demokratisch-Sozialen Parteien in einigen Schweizer Kantonen sind in den vergangenen Jahren wieder verschwunden. Dieses Phänomen ebenso wie das Paradox der Arbeiterstimmen für pointiert sozialstaatsfeindliche Parteien wären weitere Untersuchungen im Anschluss an Rennwalds hervorragende Studie wert.

Christian Koller, Zürich